

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Dienstag...
 Preis: 10 Pfennig...
 Redaktion: ...
 Druck: ...

Das Blatt erscheint an jedem Dienstag...
 Preis: 10 Pfennig...
 Redaktion: ...
 Druck: ...

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jilga, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa bestmögliche Blatt

Druck und Verlag: C. G. Rohberg (Inh. Ernst Rohberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Axel Liegert in Frankenberg

Nr. 129 Donnerstag den 6. Juni 1929 nachmittags 88. Jahrgang

Schacht sagt: Undurchführbar Und trotzdem leistet Deutschland die Unterschrift

Freitag Anterzählung
 Paris, 5. 6. Das Gutachten der Pariser Sachverständigen wird voraussichtlich am Freitag um 12 Uhr mittags unterzeichnet werden.
 Auch die belgische Frage dürfte in irgend einer Form in dem Sachverständigenbericht Erwähnung finden. In dem Bericht wird allerdings der Sachverständigenausschuss feststellen, daß auf Grund des erwähnten Briefes des Führers der deutschen Gruppe, der die Berechtigung zu der Annahme enthält, die belgische Markfrage geregelt sein werde, bevor der neue Zahlungsplan in Kraft trete. Sollte aus dem einen oder anderen Grunde eine Regelung der Frage durch die belgische und deutsche Regierung nicht vor dem 1. September erfolgen können, an dem nach Auffassung der Sachverständigen der Zahlungsplan in Kraft treten soll, so werden die von Deutschland auf Grund des Dawesplanes getätigten Zahlungen auf dem Zahlungsplan in Anrechnung kommen.
 Die Vereinigung der Korrespondenten deutscher Zeitungen in Paris veranstaltete gestern Abend zu Ehren der deutschen Delegation ein Abendessen, an dem auch der deutsche Vorkämpfer teilnahm. In einer Rede erklärte
Dr. Schacht, daß wir keinen Anlaß hätten, was des Ergebnisses der Konferenz zu freuen. Der neue Zahlungsplan ist keine wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems, und niemand könne behaupten, daß er durchführbar wäre.
 Dennoch sei er eine wichtige Etappe auf dem Wege zu der endgültigen Befreiung von den Lasten des Krieges. Er werde es uns ermöglichen, aus eigener Entscheidung und ohne Auf-

trag und Kontrolle an einer Gefährdung unserer Finanzen weiterzuarbeiten. Selbstverständlich müßten wir in gutem Glauben und mit den besten Kräften an die Ausführung herangehen.
 Das „Echo de Paris“ nimmt an, daß nunmehr — nach der Pariser Vereinbarung — eine Regierungskonferenz in der Art, wie sie im August 1924 aus Anlaß des Inkrafttretens des Dawesplanes stattgefunden hat, zusammenzutreten wird, und meht, daß das gegen Ende Juli in London geschehen wird.

Der Schlußbericht fertiggestellt

Paris, 5. 6. (Kontinental.) Die Sachverständigen und ihre Mitarbeiter haben am Mittwoch bis tief in die Nacht an der Fertigstellung des Schlußberichts gearbeitet. Nach wie vor rechnet man damit, daß die Unterschrift am Freitag erfolgen kann. Bei den Redaktionsarbeiten haben sich noch einige Meinungsverschiedenheiten herausgestellt, die aber leicht geklärt wurden. Nach dem „New York Herald“ nahm die Unterkommision Stamps eines 2 Seiten langen Bericht an, nach dem Deutschland an einem etwaigen Schuldennachlass Amerikas bis zu einem gewissen Grade beteiligt wird. Die „Journes industrielle“ weiß zu melden, daß die Unterkommision für Sachverständigen ihren Bericht der Unterkommision zur Fertigstellung des Schlußberichts zugestellt hat. Diese Kommission hat weiter den Text für die internationale Zahlungsbank erhalten. Am Mittwoch Abend beschäftigte man sich vor allem mit der Prüfung der Anhänge. Dem „Express“ zufolge wird der Schlußbericht im endgültigen Text am Donnerstag vormittag vorgelegt und in einer Vollversammlung gelesen werden. Die Veröffentlichung werde am Freitag erwartet.

Für die Rettung von Staat und Wirtschaft Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

Für die bisherige Verantwortungsgemeinschaft

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in der Mittagspause des Reichstages Stellung zu den in der Ausschusse aufgeworfenen Fragen. Aus der Zurückhaltung in der Reparationsfrage werde er sich auch durch die Oppositionsrede des Abgeordneten Lejeune-Rung nicht herauslösen lassen. Der Minister betonte, daß er der Wirtschaft gebietet habe, als es auf die Anregung der allertüchtigsten Gläubigermächte hin aufs härteste für die Revision des Dawesplanes eingetreten sei. Er werde die Wirtschaftswirtschaften auch warnen, wenn er sein Wortum zu dem Pariser Gutachten abgegeben habe, vor allem aber, wenn er sich einzusetzen habe für die Notwendigkeit der Durchführung eines eventuellen neuen Planes.

Der Minister beschäftigte sich dann mit den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners. Ich begreife nicht, so erklärte er, welches Bedürfnis im gegenwärtigen Augenblick der Sozialismus vorzutragen.
 Dauernde Lohn erhöhungen können zwar manchmal belebend auf die Wirtschaft wirken, in zu starken Dosen genossen aber auch zu schweren Lähmungserscheinungen führen.
 In der heutigen Zeit sind andere Mittel vorzuziehen. Die Ausführungen des Abgeordneten Krähel waren durchaus berechtigt im Sinne der Sozialdemokratie. Ich weiß aber nicht, ob es richtig war, in diesem Augenblick das Lehrende voranzutreiben und nicht besser das Einzelne zu haben. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in Magdeburg erklärt, daß die bürgerlichen Parteien Erlöse dieser Regierung gar nicht wünschten, weil sie von Sozialdemokraten geführt sei. Ich protestiere, so erklärte der Minister, für meine Partei auf das entschiedenste gegen eine solche Auffassung.

Wie diesen nicht nur negativ eingestellt sein, sondern müssen gemeinschaftlich positiv wirken.
 Auch für die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder darf ich feststellen, daß wir bis heute ohne irgend welche Parteipolitik nur versucht haben, gemeinsam Staat und Wirtschaft zu retten. Mit dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen werden wir ein Reformprogramm vorzulegen haben, dessen vier entscheidende Fragen sind:

- Revision des Dawesplanes und Klärung unserer wirtsch. Gebiete,
- Reichsreform,
- eine durchgreifende Agrarreform und schließlich
- Erläuterungen der Wirtschaft auf allen Gebieten.

Es besteht kein Anlaß zu glauben, daß wir die bisherige Verantwortungsgemeinschaft nicht fortführen können.

Zur Arbeitslosenversicherung

erklärte der Minister, daß sie zweifellos ein großer sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt sei. Es habe aber schon heute fest, daß wir die Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzen überspannt hätten und daß schwere Schäden der Arbeitsmoral eingetreten seien. (Zustimmung rechts.) Es kann kein Zweifel darüber sein, so fuhr der Minister fort, daß wir eine grundlegende Reform durchzuführen müssen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dabei können wir auch den bisherigen Revers der Versicherungspflichtigen nicht mangetastet lassen.

Amnöglich können wir diese Reformen mit einer Beitragserhöhung beginnen.

Der Minister besprach dann die Zollfrage. Zolltarife würden nicht zur Hebung der Binnenwirtschaft führen. Wir werden nicht, so erklärte der Minister, an Zolltarifkomplexen, aber wir werden es ab, daß man nun wegen der Hochschulungen in anderen Ländern bei uns die gleiche Lohnpolitik begehrt muß. (Zustimmung rechts.) Der Ausgleich muß in erster Linie durch Herabsetzung der Selbstkosten, vor allem auf dem Steuer-

und Zinsengebiet gesucht werden. Gleichzeitig bin ich aber der Auffassung, daß die

Krise der Landwirtschaft nicht gelöst werden kann mit grundsätzlicher Vermehrung gegenüber jeder Zollerhebung. Der Zollschutz ist nicht das Hauptmittel, andererseits ist aber ein gewisser Schutz unserer Landwirtschaft unbedingt notwendig. Zum Schluß stellte der Minister fest, daß die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz ein Gewinn seien. Eine Opposition, die deutsche Interessen in dieser Woche in den Wind schlug, müsse entschieden zurückgewiesen werden.

Die Rede Anlaß zu einem Zwischenfall

Berlin, 5. 6. Im Reichstag kam es am heutigen Mittwoch nach der Rede des Wirtschaftsministers zu einem kleinen Zwischenfall. Der kommunistische Abgeordnete Torgler erklärte, die Ausführungen des Ministers hätten bei einem Teil des Hauses sensationell gewirkt. Sie seien so ungeheuer und provokatorisch gegen die Arbeiterschaft, daß er beantrage, den Reichswirtschaftsminister diese Neuphrasen im Auftrag des Kabinetts gemacht habe.
 Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und Linken Gruppen abgelehnt.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 5. 6. Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Bericht des Reichskommissars über die Verhandlungen mit den belgisch-belgischen Handelsbeziehungen und verabschiedete den Entwurf eines Gesetzes über den deutsch-belgischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vom 7. Dezember 1928. Der Gesetzesentwurf wird unverzüglich dem Reichstag übermittelt werden.

Kurzer Tagespiegel

Das Reichskabinett hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der das deutsch-belgische Handels- und Schiffsverkehrsabkommen verabschiedet wurde.
 Der Haushaltsauschuss des Reichstages hielt die Beratung des Reichshaushalts fort, wobei auch Gröner das Wort ergriff.
 Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Mittwoch Abend in Begleitung von Staatssekretär Pänder nach Madrid abgereist. Staatssekretär von Schubert trat dem spanischen Ministerpräsidenten einen amtlichen Besuch ab, wobei die auf der Ratifizierung stehenden Fragen in freundschaftlicher Weise erörtert wurden.
 Wie von maßgebender Seite einer ausländischen Nachrichtenagentur zu erfahren ist, ist mit einer sachlichen Stellungnahme des Völkerverbundes in Madrid zu dem Londoner Indirektenbericht des Freieuropaschiffes nicht zu rechnen.
 Am Mittwoch nachmittag fand eine Sitzung des Volkswirtschafts der englischen Arbeiterpartei statt, in der MacDonald über die Regierungsabstimmung berichtete.
 Wie aus Afghanistan berichtet wird, hat der Stamm der Schimoras den Prinzen Ali Achmed Khan gefangen genommen.
 Die Auswurfstätigkeit des Beuvs hält weiter an. Die Ortschaft Tergeno ist teilweise zerstört worden.
 In der Decaffineranlage in Braintree im Staate Massachusetts ereigneten sich zwei schwere Detonationen, wobei ein in die Millionen gehender Schaden angerichtet wurde.
 Am Mittwoch ist das von Bodensee überflogene Flugzeug D 702 in den Bodensee gestürzt, wobei das Flugzeug beschädigt wurde. Die Fluggäste kamen mit dem Schrecken davon.

Eine dauernde Regierungskrise in Sachsen?

Landtagsbeginn — Die Wahl des Präsidiums

Angst vor der Verantwortung?

Dresden, 5. 6. Am Donnerstag nachmittags 1 Uhr tritt der neu gewählte Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der zunächst die Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse erfolgen wird.
 Das Zentrumorgan, die „Sächsische Volkszeitung“, bemerkt zum Zusammentritt des Landtages u. a.: Wenn in Sachsen ein neuer Landtag zusammentritt, so bedeutet das eine neue Regierungskrise für das Land. Wenn nicht alles täuscht, werden wir eine verbesserte Auflage des Ereignisses vom 1926/27 erleben. Statt der künftigen scheint sich diesmal eine dauernde Regierungskrise vorzubereiten. Die Taktik der sächsischen Sozialdemokratie macht nachgerade den Eindruck, als hätte diese Partei Angst vor der Verantwortung. Selbst es nicht, die Wiederkehr der bisherigen Koalition erzwängen, wenn die sächsische Sozialdemokratie einen Fleißer für den Posten des Ministerpräsidenten vorschlägt, wenn sie ein Mindestprogramm aufstellt, das eine Reihe von Forderungen enthält, die seit Jahren von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt werden? Selten hat sich ein deutsches Parlament vor einer unerfreulichen Lage gesehen, wie der neue sächsische Landtag. Es gehört kein Seherblick dazu, um diesem Landtag keine lange Dauer zu prophezeien.

„Gehändämmerung und Regenjammer“

Dresden, 5. 6. Unter der Überschrift „Gehändämmerung und Regenjammer“ veröffentlicht das Organ der Sozialisten, „Der Volkstakt“, recht interessante Interna aus der Sozialdemokratischen Partei. Er schreibt u. a.: Die Unentschiedenheit, die trotz dem Magdeburger Parteitag in der sächsischen Sozialdemokratischen Partei in Sachsen unter der glorreichen Führung von Edel, Art und Fleißer in Ultraradikalismus münden, haben wieder einmal gestiftet! Mit 36 gegen 17 Stimmen — nicht gegen zwei Stimmen, wie erst gemeldet wurde — haben die Landesorganisationen und die Landtagsfraktion die Große Koalition abgelehnt. Karl Brandt, der Gewerkschaftsführer, sucht wie ein Löwe für die Beteiligung an der Regierung. Er fand mehr oder minder

überzeugte Helfer in Hinrich Dohbert, Mehl, und — man kann — auch Liebmann und Geiser fanden auf seiner Seite. Trotzdem aber stiegen mit großem Redeschwall und wenig durchschlagenden Elementen Edel, Wedel, Fleißer und Art. 36 Stimmen hatten sie auf ihrer Seite. Eine allgemeine Verdrossenheit macht sich ob der Zustände in der Partei breit. Man fragt sich, wie die drei SPD-Fraktionsvorsitzenden Edel, Liebmann und Böchel zusammenarbeiten wollen, da sie doch wie Hund und Katze stehen. In der Lausitz und auch im Dresdener Gebiet, so u. a. in dem großen Arbeiterdorf Gittersee bei Dresden besteht ernsthafte Neigung, die drei Fraktionsvorsitzenden samt ihrem Lieblingsgespann Art aus der Partei herauszubefördern, oder sie mindestens zur Niederlage ihrer Mandate zu veranlassen. Ob der ehrgeizige Herr Wedel den Präsidentenstuhl im Landtag bestreiten sollte, war stark umstritten. Böchel und Müller-Planitz machten ihm den Thron freitig.

Die Konstituierung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Dresden, 5. 6. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wählte den Abgeordneten Böchel zum Vorsitzenden. Weiter gehörten dem Vorstande an die Abgeordneten Graupe, Schöning, Reibig und Kausch. Als Schriftführer für das Landtagspräsidium sollen die Abgeordneten Müller und Kausch vorgeschlagen werden.

Partei für Volkswohlfahrt

Aus dem Lager der Verbände für Lebensabgaben wird uns folgendes mitgeteilt:
 Die Landtagswahlen sind für die Verbände für Lebensabgaben nicht gänzlich ausgefallen. Mehrere Abgeordnete verschiedener Parteien, die sich der gesundheitslichen Fragen und damit der Lebensabgaben im alten Landtage besonders angenommen haben, sind nicht wieder gewählt worden oder von ihrer Partei so unglücklich auf die Kandidatenliste gesetzt worden, daß ihr Einreden in den Landtag auch bei eintretenden Veränderungen innerhalb der Parteien ausgeschlossen